

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 26. Februar 1895.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Berantworter: Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mf.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: wie Zeitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nellamen 30 Pf.

Abonnementen-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 25. Februar.

Deutscher Reichstag.

45. Plenarsitzung vom 25. Februar,
1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher,
Graf Posadowitsch, Dr. Miguel.

Abg. Hänichen (Sachsen-Anhalt) hat sein Mandat niedergelegt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Richter: „Das großherzoglich weimarische Staatsministerium hat nach der Unabhängigkeitserklärung des Mandats des Abg. Casselmann für den Wahlkreis Eisenach eine Wahl ausgeschrieben auf Grund der alten Wählerräte vom Mai 1893. Solches widerspricht dem Reglement zum Reichswahlrecht von 1889 nach Wortlaut und Sinne sowie nach der Ansicht, welche das Reglement übereinstimmt seitens des Reichstags, wie der verbündeten Regierungen stets gefunden hat. Die ausgeschriebene Wahl würde daher von vornherein der Gültigkeit entbehren. Ich erlaube mir daher, den Herrn Reichstagsamtsleiter zu fragen, ob dieser hieron Kenntnis genommen hat und gesagt ist, in Gemäßheit des Artikels 17 der Verfassung (Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze) die großherzoglich weimarische Regierung zu erüben, unter Zurücknahme der Wahlauftreibung, eine Neuaufstellung der Wählerlisten zu veranlassen.“

Auf Antrag des Vizepräsidenten v. Böll-Berenberg erwidert:

Staatssekretär v. Bötticher: Ich wäre bereit, die Interpellation sofort zu beantworten, möchte aber eine Erklärung abholen, von der ich glaube, daß sie die Interpellation überflüssig macht. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß unter allen Umständen in solchen Fällen, wie dem vorliegenden, bei Erfolgswahlen neue Listen aufzustellen sind. Sie hat dies der großherzoglich weimarischen Regierung mitgeteilt, und letztere hat gestern geantwortet, daß sie den Wahltermin aufgehoben und einen neuen mit der Maßgabe der Aufstellung neuer Listen angeordnet hat.

Abg. Richter: Damit ist allerdings die Interpellation erledigt.

Das Haus tritt sodann in die erste Sitzung des Finanzreform-Gesetzes ein.

Staatssekretär Graf Posadowitsch legt zunächst dar, daß die „Mehrüberweisungen“ von 40 Millionen Mark aufgegeben seien, es handle sich also nur um eine „kleine Finanzreform“, die aber doch große Bedeutung habe in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung.

Die Reform liege, so hat man in der Presse gesehen, nur im Interesse Preußens.

Doch das nicht der Fall ist, das hat Ihnen neulich der sachsen-meiningische Herr Staatsminister dargelegt. (Rul: Sehr richtig!)

Man hat diese Finanzreform einen Automaten genannt. Aber gerade diese automatische Gestaltung liegt im Interesse einer sicheren Funktionierung für die Einzelstaaten. Thatlichkeit ist, daß die stärkste Partei im Hause, das Zentrum, an der clausula Frankenstein festhält, und darum zu rütteln, hielt daher: gegen Windmühlenflügel kämpfen. Diese clausula hat eine finanzielle, eine staatsrechtliche und eine finanzpolitische Bedeutung. Die finanzielle ist mit dem Steigen der Ausgaben des Reiches praktisch hinfällig geworden.

Die budgetrechtliche Bedeutung bleibt nach wie vor erhalten, ebenso die finanzpolitische, denn das Interesse der Einzelstaaten an Mehrüberweisungen, also an sparsamer Verwaltung, bleibt bestehen.

Eine Einschränkung der clausula Frankenstein enthält die Vorlage nur insofern, als die Einzelstaaten nur den etatmäßigen Betrag der Überweisungen erhalten, nicht den rechnungsmäßigen. Der Überschuß des letzteren über den ersten Fehlbeträge in der Folgezeit. Bissher haben die Einzelstaaten durchschnittlich pro Jahr etwa 15 Millionen mehr an Überweisungen erhalten, als sie nach den etatmäßigen Veranschlagungen erhalten haben würden. Man hat ein verantwortlich das Reichsfinanzministerium verlangt, aber dieses ist nicht durchzuführen. Diese Vorlage nun bedeutet eine Stärkung der Reichsfinanzverwaltung denn künftig wird jeder Rektor seine Forderungen mehr, als bisher, begründen müssen. Das das Reich neuer Mittel beruft, ist zu meiner Kenntnis bei der Beratung der Aussagen. Deshalb ist ja auch das Abgeordneten-Tabaksteuer eigentlich von keiner Seite beschriften worden. Seltenerweise hörte ich neulich den Einwand: „Wir haben die Militärvorlage nicht bewilligt, brauchen also auch für die Deckung nicht zu sorgen.“ Das ist ab doch genau die Grundlage des Parlamentarismus, daß die Mehrheit formales Recht schafft. (Zustimmung rechts.)

Sodann weiß der Staatssekretär mir auf die stark angewachsene Schuldenlast. Das beweist, daß wir Defizit auf Defizit gespielt haben. Neue Steuern sind also eine Notwendigkeit. Statt der Tabaksteuer hat man neulich Erhöhung des Poststeuertarifs vorschlagen. Aber wohin Geschrei würde da die Kreise von rechts und links erheben! Reuter geht weiter eingehend auf die Frage der Tabaksteuer ein. Man spreche von schwachen Schultern. Aber wenn der Verdienst nur steige, kommt es doch auf ein paar Pfennige nicht an. Ich habe so den Eindruck, als fühle sich heutzutage Alles schwach, sogar die Millionäre. Von den Aktionen gegen die Tabaksteuer kann ich nur bedauern, daß der Kampf nicht sachlich geführt worden ist. Ohne neue Mittel geht es nicht. Ohne solche ist die Balance schon in diesem Jahre nicht möglich. Leinen Sie diese Reform ab, so werden wir Ihnen dieses Jahr von Jahr zu Jahr neu singen.

Abg. Richter: Die Presse soll dieses Gesetz als eine „kleine Finanzreform“ genannt haben. Ich halte dieselbe für durchaus nicht klein, sondern für sehr einschneidend.

Der Herr Staatssekretär vertheidigte wieder noch die Tabaksteuer-Vorlage. Er sagte: so geht es nicht weiter. Dem kann ich zustimmen. Nur mit einem Unterschied! Er will neue Mittel haben, ich dagegen meine, wir müssen andere Wege suchen. Der Herr Staatssekretär sprach abschließend über das Reden von den schwachen

Schultern. Aber hier bei der Tabaksteuer kommt doch noch hinzu, daß eine große Industrie gefährdet werden würde!

Der Herr Staatssekretär hat auch gesagt, im Vorjahr sei ein ganzer Kreis von Steuern abgelehnt worden, nur diese nicht.

Da doch nur deshalb nicht, weil der Herr Staatssekretär keine Zeit gehabt hatte, zu uns in die Kommission zu kommen. Im Prinzip haben wir auch diese Steuer schon damals abgelehnt.

Um sich dann doch Niemand bestreiten, daß jede neue Mehrbelastung eines Artikels denselben vertheuer, demgemäß den Kanton verringert und demgemäß zu Arbeiter-Entlassungen führt.

Streiten kann man nur darüber, wie viele Arbeiter entlassen werden würden, aber nicht, daß Arbeiter entlassen werden müssten. Ein großer Tabakindustrieller hat daran keinen Zweck gesehen, daß er

Arbeiter entlassen müsste. Gegen die Arbeiter und doch die Tabakindustriellen die reinen Wasentränen; sie wollen ja keine Vorteile für sich, sondern für

wollen nur abwehren, daß gerade auf ihre Industrie eine so folosige Sonderlast gelegt wird.

Doch nun zu der Vorlage, sie soll in Interesse der Einzelstaaten liegen. Ich meine dagegen, die Vorlage der Einzelstaaten aus dieser Vorlage überzeugt man, in absehbarer Zeit wieder die Einzelstaaten sogar Nachtheile davon haben. In Bezug auf 1894—95 hat man uns früher mit 56 Millionen Defizit der Überweisungen gegenüber den Matrularbeiträgen grauensch gewandt,

während diese Summe jetzt schon auf 4 Millionen zurückgedrängt ist und vielleicht im Laufe des Jahres noch ganz verschwindet. Aber selbst wenn es bei den 4 Millionen bleibt was ist denn das für sämtliche Einzelstaaten für eine Summe?

Vor Jahresfrist hat Herr v. Riebel so verzweifelt, als würde Bayern wie ein Schwamm ausfaßt oder mediatisiert! Auch der meinigen Staatsminister machte neulich eine so schlimme Rech-

nung auf, überall aber dabei, daß er mit den ursprünglichen Entschärfungen pro 1894—95 rechnete und nicht mit dem endgültigen Etat. Also, meine Herren, auch für Meinungen besteht doch wohl noch nicht die Gefahr des Mediatisierens!

Hätte schon von 1888—89 ab dieses Gesetz bestanden, so würden bis 1893—94

die Einzelstaaten Hunderte von Millionen an Überweisungen weniger vom Reich erhalten haben.

Seit 1893—94 haben sich ja allerlei geändert.

Das liegt an der Militärvorlage und den damit verbundenen außerordentlichen Anomalien der Verhältnisse. Aber auch

findet die Nachtheile für die Einzelstaaten, die den großen Vorteilen bis 1893—94 gegenüberstehen, nur minimale. Und wie steht es in der Zukunft? In dem laufenden Jahre haben wir

sich 17 Millionen neu einzunehmen allein an Zölle und Verbrauchsteuern über den vorliegenden Etat hinaus. Auf dem liegt ja der Etat in der Kommission noch nicht abgeschlossen vor.

Schon haben wir bedeutende Abweichungen am Etat vorausgesetzt. Wo bleibt da das etatmäßige

Defizit von 33 Millionen? Es ist nicht unmöglich, daß wir in Wirklichkeit pro 1895—96 sogar ein Plus der Überweisungen über die Matrularbeiträgen elangen! Nun freist der Herr Staatssekretär freisch, schon ab 1895—97 über und

macht da ganz schwarz. Aber er hat da, um die Tabaksteuer zu empfehlen, nur kombiniert. Daß die Roggenpreise steigen, halte ja auch ich für möglich.

Aber auf eine möglicherweise schlechte Ernte können wir doch keine neuen Steuern brüllen an. Und wann wir der schlechten Ernte halber höhere Ausgaben für Roggen haben, so gleicht sich das doch durch höhere Zölleinnahmen aus.

Der Herr Staatssekretär sprach dann von einer jährlichen Steigerung der Reichsausgaben um

naturlichen Steigerung der Reichsausgaben um 4 Prozent. Ja, von den 800 Millionen Reichsausgaben fallen doch allein 475 auf Herr. Rehmet er denn etwa auch Längst mit einer jährlichen Steigerung des Heeres um 4000 Mann?!

Der Herr Staatssekretär vergißt aber auch ganz die gleichfalls „natürliche“ jährliche Steigerung der Einnahmen! Wenn aber wirklich die Reichsausgaben sich mehrere sollten, dann haben wir erst recht einen Anlaß, den Einzelstaaten das Interesse an einer möglichst sparsamen Verwaltung im Reich zu verleihen. Und dies Sparsame-Interesse muß Wohlwollen der einzelstaatlichen Vertreter im Bundesrat finden, wenn die — wie der Herr Staatssekretär es nennt — reinliche Scheidung zwischen einem einstaatlichen und einem Reichsfinanzien eintrete.

Wir selbst widerstreiten diese automatische Regelung überhaupt, denn es gehört bei dem Finanzminister noch bei mir geblieben, und die Klagen der Hülfsliehrer in der Presse, die gerade agitatorisch betrieben werden, sind auf die ganz unberechtigte Forderung einer schablonhaften Gleichstellung mit den Nichtern gerichtet.

Wer garantirt uns denn auch noch einen achtstündigen Normalarbeitsstag? (Sehr richtig!) Gerade diese Lehrer haben einen hohen und idealen Ideal zu erfüllen und die Mehrzahl derselben erfüllt ihn auch; aber es gibt Elemente, die für rein äußerliche Dinge agitieren, was entschieden zu verwerfen ist. (Lehrer, Beifall.) Es muß das einmal offen ausgesprochen werden.

(Sehr richtig!) Nach den angestellten Erörterungen mehr, als bisher, begründen in den

Einzelstaaten dieser Vorlage hier wören müsste, wenn er für 1894—95 uns womöglich 80 Millionen Mehrausgabe in Aussicht stellt, — wie

kennen wir da hier den Einzelstaaten Zuverlässigen durch Verzicht auf Matrularbeiträgen — über die Überweisungen hinaus — machen?!

Am richtigen wäre es, dieses Gesetz überhaupt nicht weiter zu beraten. Wenn Sie es aber an einer Kommission weiter wollen, dann schlage ich vor: an die Tabaksteuer-Kommission!

Reichsminister Bevollmächtigter v. Stengel führt aus, Richter dürfte sich in Bezug auf die Höhe der Mehrüberweisungen Baiern pro 1894—95 doch wohl verrechnen. Richter sei jedenfalls, daß Bayern eventuell die direkten Steuern würde erlösen müssen und dabei die schwächeren Schultern nicht würde schon können. Millionen habe Bayern nicht viel.

Der Vorwurf der Überschuldung der Tabaksteuer, welcher dem bayerischen Finanzminister von Riedel gemacht worden sei, sei ungerechtfertigt.

Nur auf diesem Wege des Automaten sei den Schwankungen abzuholzen, die der Vertrieb jeder einzelstaatlichen Finanzwirtschaft seien.

Rechter geht weiter eingehend auf die Frage der Tabaksteuer ein. Man spreche von schwachen Schultern. Aber wenn der Verdienst

nicht steigt, kommt es doch auf ein paar Pfennige nicht an. Ich habe so den Eindruck, als fühle sich heutzutage Alles schwach, sogar die Millionäre.

Von den Aktionen gegen die Tabaksteuer kann ich nur bedauern, daß der Kampf nicht sachlich geführt worden ist.

Ohne solche ist die Balance schon in diesem Jahre nicht möglich. Leinen Sie diese Reform ab, so werden wir Ihnen dieses Jahr von Jahr zu Jahr neu singen.

Abg. Richter: Die Presse soll dieses Gesetz als eine „kleine Finanzreform“ genannt haben. Ich halte dieselbe für durchaus nicht klein, sondern für sehr einschneidend.

Der Herr Staatssekretär vertheidigte wieder noch die Tabaksteuer-Vorlage. Er sagte: so geht es nicht weiter. Dem kann ich zustimmen. Nur mit einem Unterschied!

Er will neue Mittel haben, ich dagegen meine, wir müssen andere Wege suchen. Der Herr Staatssekretär sprach abschließend über das Reden von den schwachen

Schulden. Aber hier bei der Tabaksteuer kommt nicht ins Ungemessen wachsen und dadurch auch

die Einzelstaaten bis ins Ungemessen belastet werden. Trotzdem hat man, als der alte Reichstag die Militärvorlage ablehnte, unter ungewöhnlichem Druck einer neuen berufen, der mit Ach und Krach die Vorlage genehmigte.

Ein Teil meiner Freunde ist bereit, sich auf den Boden der Thatfach zu stellen. Möge der Bundesrat nun auch

jetzt, wenn der Reichstag diese Vorlage genehmigt — was ich nicht weiß — aus der Schwierigkeit der

Geschichte der Reformation und die Lehre der katholischen Kirche darstellen; er anerkenne genau, daß einzelne Lehrbücher diese Dinge in durchaus

fehlender Weise behandeln; wenn das einige können, warum denn nicht alle? In Konitz seien

wöchentlich von acht verschiedenen Lehrern ertheilt worden.

Reg.-Kommissar Geheimer Rath Wehrenfenniung erklärt, daß, wenn ein Direktor wirklich für diese unvernünftige Anordnung verantwortlich gemacht werden könnte, sofort das Nötige

Abg. Graf v. Molteke (rel.) erörtert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) wünscht eine

Verfestigung der baulichen Verhältnisse des Gymnasium Carolinum zu Osawabrik (gegründet 1844 von Karl dem Großen). Die Räume sind unzureichend, auch die Aula. Kaisers Geburtstag muß deshalb in einem Klublokal von den Schülern gefeiert werden.

Abg. Brandenburg (Bz.) plädiert für Besserung der Hülfsliehrer; die erforderlichen Mittel werden sich durch die Befreiung des Gymnasium Carolinum zu Osawabrik ausreichen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) plädiert für Besserung der Hülfsliehrer; die erforderlichen Mittel werden sich durch die Befreiung des Gymnasium Carolinum zu Osawabrik ausreichen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die Hülfsliehrerfrage und die Umgestaltung in einigen Unterrichtsgegenständen.

Abg. Brandenburg (Bz.) erläutert die

röhren die Schwierigkeiten, welche die Mission Montell zu befürchten hat, davor, daß die Einheimischen die Truppen nicht passieren lassen wollen und denselben im Urwald hinterhalte leien.

Italien.

Turin, 24. Februar. Der Herzog von Aosta wird heute Abend nach Wien abreisen.

Mailand, 24. Februar. Heute Abend treffen die Delegierten der Schweiz zur Theilnahme an der wegen des Simplontunnels stattfindenden internationalen Konferenz ein, welche morgen eröffnet werden wird.

Spanien und Portugal.

Madrid, 25. Februar. Die Abkommen zwischen Spanien und der marokkanischen Gesandtschaft sind gestern Abend unterzeichnet worden.

Großbritannien und Irland.

London, 24. Februar. Die "Times" meldet aus Konstantinopel, der türkische Botschafter in London, Rustem Pacha, werde durch den Fürsten Karatheodory von Samos ersezt werden.

Nußland.

Petersburg, 25. Februar. Als Verfasser der "offenen Brief" überbrückten Proklamation gegen die Aufsprache des Kaisers wird Schriftsteller Graf Leo Tolstoi bezeichnet.

Asien.

Wei-hai-wei, 24. Februar. Die Japaner führen seit neue Verbündete auf und montieren neue Geschütze auf Liu-fung-tao. Die Infanterie sind durch Seefahrer, die Forts auf dem Festlande durch ein Bataillon Infanterie und Artillerie besetzt. Die chinesischen Kriegsvorräte, welche in die Hände der Japaner fielen, haben letztere mit einem Überfluss von Rohrungsmiträlen verfehlt. Der von Marshall Ohama eingesetzte Gouverneur hat einen Aufruf erlassen, in welchem den Einheimischen schonende Behandlung zugesagt wird. — Es ist nicht beabsichtigt, sämtliche jetzt in Wei-hai-wei befindlichen Truppen dort zu belassen. Im Hauptquartier arbeitet man einen Plan aus, in welchem die Flotte eine große Rolle spielen soll. Die Einzelheiten dieses Plans werden noch geheim gehalten.

Wei-hai-wei, 25. Februar. Die als gesangnen genommenen Ausländer wurden gestern vor dem Et. be unter Vorhabe des Grafen Ito einem starken Einzelchor unterworfen. Den amlich beglaubigten Depositionen dieses Verhörs folgten schworen 10 von ihnen, sich während der Dauer des Krieges jeder seines zwätzigen Anteilnehmung zu enthalten. Diese zeichnen wurden dann in Freiheit gesetzt. Der erste, der durch die Erfüllung seines unterseitlichen Torpedozerrters bekannte Amerikaner George Howie befreit seine Freiheit mit dem seiner Zeit auf eines Dampfers in Sidney verhafteten gleichnamigen Amerikaner; er wurde jedoch durch Zeugen identifiziert. Graf Ito hielt ihm die durch sein Verhalten verankerte Strafe vor, jedoch wurde das Urteil noch nicht gefällt. Howie wurde in Haft behalten. Mehrere durch Torpedos getötete Japaner wurden von den Chinesen und zwar auf ausdrücklichen Befehl des verstorbenen Admirals Ting in unverstümtem Zustand begraben.

Kaitchou, 24. Februar. Die Nachricht von der Einnahme Wei-hai-wei hat unter den japanischen Truppen hier große Begeisterung hervorgerufen. Der Befehlshaber hat seit einigen Tagen keinen Angriff gewagt. Die Chinesen werden mehr und mehr entmutigt; ihre Truppen bei Yingtau und Ninschwang sind stetig im Abschmieden durch Krankheit und Desertion bekräftigt. Man glaubt, daß der Befehlshaber sich zum Rückmarsch nach Peking rüstet. Die Chinesen glauben noch fest an die Überstandsfähigkeit der großen Mauer, hinter welcher der Befehlshaber, mit den chinesischen Truppen seine Zuflucht zu nehmen gedenkt.

Amerika:

New York, 24. Februar. Nach einer Debatte der "World" aus Honolulu wurde die Königin Liliuokalani zu 5 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 5000 Doll. verurtheilt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. Februar. Der Vorstand des Vereins Stettiner Kaufleute hat auf einen Artikel der bietigen "Ostsee-Zeitung" folgende Erwiderung erlassen:

An die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt.

Sie bringen in Ihrem geschätzten Blatte vom 22. d. M. einen Artikel betreffend unsere Petition an die Stadtverordneten, um dessen Berichtigung wie Sie bitten möchten.

Die Petition betreffend den hiesigen Beamtenverein ist weiter vom Vorstande noch von dem Vorlesenden ausgängen, noch ein dahin gehender Antrag aus der Mitte der Versammlung am 13. Februar gestellt und einstimmig angenommen.

Der Antrag ist von dem Vorstande am 14. an die bestimmte Adresse und die Motivierung dazu am 18. an sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gefordert worden.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

zurückgezogen wurde, so gesah dies wiederum ausgelöschenes der Verfassung vom 20. d. M. und zwar lediglich deshalb, weil der Antrag nach den inzwischen erhaltenen Nachrichten, obgleich von den verschiedensten Seiten und auch von städtischen Behörden die leider gesetzlich funktionirten Eingriffe des Beamtenvereins in das Erwerbsleben keine Billigung finden, der Antrag in dieser Form keine Aussicht auf Annahme gefunden hätte. — Wenn nun ein Verein, dessen Mitglieder durch die immer weiter ausbreitenden Konsumvereins- und Beamten-umsatzwirtschaft, oder richtiger Wirtschaftlichkeit, sich so erheblich gejagdigt sieht, ja zum großen Theil den kommenden Ruin seiner Mitglieder vor Augen hat, so ist es nicht nur deren Recht, sondern auch deren Pflicht, sich ihrer Haut zu wehren und von diesem Rechte machen wir Gebrauch und werden auf diesen Punkt in unseren nächsten Sitzungen noch weiter zurückkommen.

Doch sich die Bestrebungen des Beamtenvereins auf gesetzlichem Boden, abgesetzt von den vielen Überberichtigungen, bewegen, bestreiten wir nicht; unser ganzes Bestreben ist ja auch nur, daß dieser gelegene Verein eine gesetzliche Umgestaltung erfordert, und wir haben sofortlich in allerdrückster Zeit, wie dies die Regierung selbst eingesehen hat, eine solche zu erwarten.

Hoffentlich wird die Umgestaltung des Gewerbeaufsichtsgesetzes so weit geben, daß Konsumvereine nur noch im Falle des Bedürfnisses zugelassen werden.

Den übrigen Inhalt ihrer Ausführungen

wir widerlegen, würde zu weit führen und folgt hierzu hinzug. Es ist keine reale Phrasie, wenn von Hunderttausenden von Existenzen über die längst aus ihrem Rahmen herausgetretene jugendlose Konsumvereinswirtschaft

aller Orte die lauteste Klage geführt wird.

Es ist bedauerlich, wie doch um eines

Phantoms willen der gewerbliche Bürgerstand

gezwungen wird, sich in der Wahrung seiner Interessen mit dem Bantentum bezw.

Konsumvereinern in öffentliche Kämpfe einzulassen.

Wenn doch die Regierungen prüfen wollen,

ob der meist nur eingebildete Gewinn, den diese zu erzielen glauben, eines solchen Zwiespalls im Volle wert sei!

Der Vorstand

des Vereins Stettiner Kaufleute.

Wir kommen in der nächsten Nummer unseres Blattes auf die Sache selbst zurück.

— Für die morgen Mittwoch Nachmittags in den Zentralhallen veranstalteten Kinder-Vorstellung ist das Programm derart zusammengestellt, daß es eine erheiternde Unterhaltung für die Kinder bildet, die Eintrittspreise sind auch für die, die kleinen begleitenden Erwachsenen nievrig gestellt.

* Der Verein „Knabenhort und Kindergarten“ hielt gestern Nachmittag in dem Heim der von ihm begründeten und unterhaltenen Kinderbewahranstalt Apfelallee 24, seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Stadtschulrat Dr. Krösi als stellvertretender Vorsitzender erstaunte den Jahresbericht von 1894, welcher leider einen Rückzug der Mittelzettel von 171 auf 163 und eine Abnahme des Vereinsvermönes von 2844 auf 2770 Mark feststellt. Beides ist im Interesse der von dem Verein unterhaltenen gemeinnützigen Anstalten sehr zu bedauern. Der Knabenhort sowohl wie der Kindergarten entwickelten sich in erfreulicher Weise, ersterer war im Juni von 48, im Dezember von 47 Knaben besucht, darunter befanden sich 15 Waisen und 2 Kinder, deren Väter seit längerer Zeit im Krankenhaus lagen. Die Präsenzziffern des Kindergartens stellten sich im Juni auf 52, im Dezember auf 49 Kinder, Knaben und Mädchen im Alter von vier bis sechs Jahren. Von den unter Leitung der Vorsteherin des Kindergartens, Fr. Blaurock, ausgebildeten Mädchen bestanden nun die Prüfung als Kindergartenlehrerinnen. Am 1. Juli schied der bisherige Hausvater und erste Erzieher des Knabenorts, Herr Mannkopf aus seinen Ämtern und wurde an seine Stelle der heutige zweite Erzieher, Herr Schreyer, berufen. — Die vorgelegte Jahresrechnung schloß in Einnahme und Ausgabe mit 2048,11 Mark, dieselbe wurde von den Herren Golnow und Plezier als Revisoren geprüft und nichts zu erinnern gefunden. Die Verfassung erhielt darauf dem Kassenführer Entlastung. — An Stelle des verstorbenen Vorstandesmitgliedes Herrn Generalagenten Wedell, dessen Andenken die Verfassung durch Erheben von den Plänen ehrt, wurde Herr Rector Krämer in den Vorstand gewählt, im Übrigen erfolgte die Wiederwahl der ausscheidenden eis Vorstandsmitglieder.

Kunst und Literatur.

Zur Bismarckfeier ist im Verlage von F. E. Leuckart in Leipzig eine sehr wirkungsvolle Komposition für Männerchor, „Ein blaus Wort“ von Adolf Kirch, erschienen. Der Text ist von F. Etel und steht sich aus den bekannten Aussprüchen Bismarcks: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“

Im Verlage von F. Guttentag in Berlin SW. 48 erschien soeben in der bekannten Gutenbergschen Sammlung deutscher Reichsgesetze, Text-

Ausgaben mit Anmerkungen, Taschenformat, kurz und knapp: Verfassung des deutschen Reiches von Dr. L. v. Römer. Siebente völlig umgearbeitete Ausgabe von Regierungsoffizier P. Römer. Preis 1 Mark 40 Pf. Zu jedem Artikel der Verfassung sind die daraus gegründeten Seiten und auch von städtischen Behörden die leider gesetzlich funktionirten Eingriffe des Beamtenvereins in das Erwerbsleben keine Billigung finden, der Antrag in dieser Form keine Aussicht auf Annahme gefunden hätte. — Wenn nun ein Verein, dessen Mitglieder durch die immer weiter ausbreitenden Konsumvereins- und Beamten-umsatzwirtschaft, oder richtiger Wirtschaftlichkeit, sich so erheblich gejagdigt sieht, ja zum großen Theil den kommenden Ruin seiner Mitglieder vor Augen hat, so ist es nicht nur deren Recht, sondern auch deren Pflicht, sich ihrer Haut zu wehren und von diesem Rechte machen wir Gebrauch und werden auf diesen Punkt in unseren nächsten Sitzungen noch weiter zurückkommen.

Attila.

Turin, 24. Februar. Der Herzog von Aosta wird heute Abend nach Wien abreisen.

Mailand, 24. Februar. Heute Abend treffen die Delegierten der Schweiz zur Theilnahme an der wegen des Simplontunnels stattfindenden internationalen Konferenz ein, welche morgen eröffnet werden wird.

Spanien und Portugal.

Madrid, 25. Februar. Die Abkommen zwischen Spanien und der marokkanischen Gesandtschaft sind gestern Abend unterzeichnet worden.

Großbritannien und Irland.

London, 24. Februar. Die "Times" meldet aus Konstantinopel, der türkische Botschafter in London, Rustem Pacha, werde durch den Fürsten Karatheodory von Samos ersetzt werden.

Nußland.

Petersburg, 25. Februar. Als Verfasser der "offenen Brief" überbrückten Proklamation gegen die Aufsprache des Kaisers wird Schriftsteller Graf Leo Tolstoi bezeichnet.

Asien.

Wei-hai-wei, 24. Februar. Die Japaner führen seit neue Verbündete auf und montieren neue Geschütze auf Liu-fung-tao. Die Infanterie sind durch Seefahrer, die Forts auf dem Festlande durch ein Bataillon Infanterie und Artillerie besetzt. Die chinesischen Kriegsvorräte, welche in die Hände der Japaner fielen, haben letztere mit einem Überfluss von Rohrungsmiträlen verfehlt. Der von Marshall Ohama eingesetzte Gouverneur hat einen Aufruf erlassen, in welchem den Einheimischen schonende Behandlung zugesagt wird. — Es ist nicht beabsichtigt, sämtliche jetzt in Wei-hai-wei befindlichen Truppen dort zu belassen. Im Hauptquartier arbeitet man einen Plan aus, in welchem die Flotte eine große Rolle spielen soll. Die Einzelheiten dieses Plans werden noch geheim gehalten.

Wei-hai-wei, 25. Februar. Die als gesangnen genommenen Ausländer wurden gestern vor dem Et. be unter Vorhabe des Grafen Ito einem starken Einzelchor unterworfen. Den amlich beglaubigten Depositionen dieses Verhörs folgten schworen 10 von ihnen, sich während der Dauer des Krieges jeder seines zwätzigen Anteilnehmung zu enthalten. Diese zeichnen wurden dann in Freiheit gesetzt. Der erste, der durch die Erfüllung seines unterseitlichen Torpedozerrters bekannt wurde, ist der Amerikaner George Howie, der durch den Vorlesenden aus Sidney verhafteten gleichnamigen Amerikaner; er wurde jedoch durch Zeugen identifiziert. Graf Ito hielt ihm die durch sein Verhalten verankerte Strafe vor, jedoch wurde das Urteil noch nicht gefällt. Howie wurde in Haft behalten. Mehrere durch Torpedos getötete Japaner wurden von den Chinesen und zwar auf ausdrücklichen Befehl des verstorbenen Admirals Ting in unverstümtem Zustand begraben.

Kaitchou, 24. Februar. Die Nachricht von der Einnahme Wei-hai-wei hat unter den japanischen Truppen hier große Begeisterung hervorgerufen. Der Befehlshaber hat seit einigen Tagen keinen Angriff gewagt. Die Chinesen werden mehr und mehr entmutigt; ihre Truppen bei Yingtau und Ninschwang sind stetig im Abschmieden durch Krankheit und Desertion bekräftigt. Man glaubt, daß der Befehlshaber sich zum Rückmarsch nach Peking rüstet. Die Chinesen glauben noch fest an die Überstandsfähigkeit der großen Mauer, hinter welcher der Befehlshaber, mit den chinesischen Truppen seine Zuflucht zu nehmen gedenkt.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

London, 26. Februar. Der Vorstand des Vereins Stettiner Kaufleute hat auf einen Artikel der bietigen "Ostsee-Zeitung" folgende Erwiderung erlassen:

An die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt.

Sie bringen in Ihrem geschätzten Blatte vom 22. d. M. einen Artikel betreffend unsere Petition an die Stadtverordneten, um dessen Berichtigung wie Sie bitten möchten.

Die Petition betreffend den hiesigen Beamtenverein ist weiter vom Vorstande noch von dem Vorlesenden ausgängen, noch ein dahin gehender Antrag aus der Mitte der Versammlung am 13. Februar gestellt und einstimmig angenommen.

Der Antrag ist von dem Vorstande am 14. an die bestimmte Adresse und die Motivierung dazu am 18. an sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gefordert worden.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

Am die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt.

Sie bringen in Ihrem geschätzten Blatte vom 22. d. M. einen Artikel betreffend unsere Petition an die Stadtverordneten, um dessen Berichtigung wie Sie bitten möchten.

Die Petition betreffend den hiesigen Beamtenverein ist weiter vom Vorstande noch von dem Vorlesenden ausgängen, noch ein dahin gehender Antrag aus der Mitte der Versammlung am 13. Februar gestellt und einstimmig angenommen.

Der Antrag ist von dem Vorstande am 14. an die bestimmte Adresse und die Motivierung dazu am 18. an sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gefordert worden.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

Am die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt.

Sie bringen in Ihrem geschätzten Blatte vom 22. d. M. einen Artikel betreffend unsere Petition an die Stadtverordneten, um dessen Berichtigung wie Sie bitten möchten.

Die Petition betreffend den hiesigen Beamtenverein ist weiter vom Vorstande noch von dem Vorlesenden ausgängen, noch ein dahin gehender Antrag aus der Mitte der Versammlung am 13. Februar gestellt und einstimmig angenommen.

Der Antrag ist von dem Vorstande am 14. an die bestimmte Adresse und die Motivierung dazu am 18. an sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gefordert worden.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

Am die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt.

Sie bringen in Ihrem geschätzten Blatte vom 22. d. M. einen Artikel betreffend unsere Petition an die Stadtverordneten, um dessen Berichtigung wie Sie bitten möchten.

Die Petition betreffend den hiesigen Beamtenverein ist weiter vom Vorstande noch von dem Vorlesenden ausgängen, noch ein dahin gehender Antrag aus der Mitte der Versammlung am 13. Februar gestellt und einstimmig angenommen.

Der Antrag ist von dem Vorstande am 14. an die bestimmte Adresse und die Motivierung dazu am 18. an sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gefordert worden.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

Am die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt.

Sie bringen in Ihrem geschätzten Blatte vom 22. d. M. einen Artikel betreffend unsere Petition an die Stadtverordneten, um dessen Berichtigung wie Sie bitten möchten.

Die Petition betreffend den hiesigen Beamtenverein ist weiter vom Vorstande noch von dem Vorlesenden ausgängen, noch ein dahin gehender Antrag aus der Mitte der Versammlung am 13. Februar gestellt und einstimmig angenommen.

Der Antrag ist von dem Vorstande am 14. an die bestimmte Adresse und die Motivierung dazu am 18. an sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gefordert worden.

Nun nun dieser Antrag am 21. d. M.

Am die Redaktion der "Ostsee-Zeitung"

hierzußt

Der arme Handwerksburschen gingen ein: Von
Br. M. 8 M.
Weitere Gaben nimmt gern entgegen
Der Hansvater der „Herberge zur Heimath“.

Bitt und Bekanntmachung,
betrifft
die Sammlung für den Bau einer Kirche
in der Neustadt.

Die Mitglieder der Kirchengemeinden unserer Stadt, welche unteren Bestrebungen eine wohlwollende Theilnahme anzuwenden scheinen wir von dem Erbteil unserer 25jährigen Thätigkeit (Oktober 1869) dahin in Kenntniß, daß im Jahre 1894 durch Sammlungen und Zinsen die Baufummie auf M. 33 466,61 angewachsen ist, wovon 43 000 M. hypothekarisch, M. 40 466,61 in zuvertragenden Papieren angelegt sind, welche Wertpapiere sich im Depositorium der biesigen Kammer-Kasse befinden. Das Vermögen hat sich somach im Jahre 1894 gegen 1893 um M. 4260,50 vergrößert und beträgt die Baufummie aus diesem für das Jahr 1895 M. 34 415,50.

Bei der Anscheinung, welche unsere Stadt genommen hat, stellt sich das Bedürfnis einer Kirche immer dringender heraus; wir sind daher der guten Überzeugung, daß unsere ebenso ergebenste als bringende Bitten um fernerne Unterstützung bei allen ein fremdländisches Gebrüder finden werde, welchen die Hebung des kirchlichen und sozialen Lebens unserer Stadt am Herzen liegt.

Herr Christian Bartelt, Stadtbaurat hier-

schaft, ist ermächtigt, Beiträge für den genannten Zweck entgegen zu nehmen. Die geehrten Gebrüder wollen die selben in der ihnen demnächst vorzulegenden Listen verzeichneten und unsern herzlichsten Dank im Vorraus entgegen nehmen.

Stettin, im Februar 1895.

Das Comité
für den Bau einer Kirche in der Neustadt.

geg. Poetter, v. Puttkamer,
General-Superintendent, Staatsminister, Ober-

Bürgermeister, Präsident von Pommern.

Haken, Küchendahl, Justizrat, Schrifts-

führer, Geheimer Regierungsrath, Ober-Bürgermeister.

Pauli, Rud. Dorschfeld, Stadtvorsteher, Schatzmeister.

Thym, Franz Jahn, Rentier. Banddirektor.

Schwarz, Administrator.

Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg.

Desseitlicher Verlauf von etwa 114 000 kg Gas-

öl und 16 000 kg Kohlenwasserstoff, welche Men-

gen im Rechnungsjahr 1895/96 in den Fettgaranstanlen

Bromberg, Neustettin, Dirschau, Osterode, Eichstätt,

Stettin und Parchim voraussichtlich werden gewon-

nen werden. Termin zur Einreichung und Leistung

der Angebote am 11. März 1895, Bormittags 11 Uhr

im unterzeichneten Bureau. Angebote müssen bis zu

diesem Termint mit der Aufschrift: „Angebot auf An-

kauf von Großlöfthe bew. Kohlenwasserstoff“ und der

Adresse: „Materialien-Bureau des Königlichen Eisen-

bahn-Direktion Bromberg“ verschlossen kostenfrei ein-

gereicht sein. Die Bedingungen liegen im unterzeich-

neten Bureau aus und werden von denselben gegen

Einwendung von 0,60 M. kostfrei überhandt.

Bromberg, den 18. Februar 1895.

Materialien-Bureau.

Bredow, den 21. Februar 1895.

Bekanntmachung.

Die Angehörigen sämtlicher in diesem Jahre zur

Musterung kommenden Militärschütziger in der G-

emeinde Bredow werden darauf aufmerksam gemacht,

dass Gründre um Zurückstellung oder Befreiung vom

Militärdienst schon jetzt anzuheben sind.

Der Gemeindenvorsteher.

Nietzel.

Stettin, den 19. Februar 1895.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Stoff und Mauerstein beschafft,

wie die Bodenahmehr zur Herstellung von Reit-

wegen in der Bauweise, Friedrichs- und Belfortstraße

hierzuläßt soll in getrennten Looften im Wege öffent-

licher Ausführung vergeben werden.

Angebote hierauf sind bis zu dem auf Mittwoch,

den 6. März 1895, Bormittags 10 Uhr, im

Stadtbaubureau im Rathaus, Zimmer 38, anbe-

raumten Toren verschlossen und mit entsprechendem

Aufdruck versehen abzugeben, wobei auch die Größ-

zung derselben in Gegenwart der erschienenen Bieter

stattfindet.

Bedingungsunterlagen sind ebendaselbst einzusehen,

auch gegen Entrichtung von je 50 M. von dort zu

bezahlen.

Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

Eine neu erbaute, gut gehende

Fleischerei,

zu wöchentlich 4 Morgen besten Abers und 2½ Morgen

sehr guße Wiesen gehörend, in französischer sofort

zu verkaufen. Näheres bei dem Fleischmeister

Albert Krause in Torgelow.

Stettiner Vermietungs-Anzeiger.

9 Stuben.

Bismarckstr. 28, 2 Tr., mit Centralheizung

8 Stuben.

Birkens-Allee 41, 1 Tr., Centralheizung.

7 Stuben.

Bismarckstr. 19, am Bismarckplatz, hochwertig.

Wohnung z. 1. Juli. Zu melden 1 Tr. r.

6 Stuben.

Augustastr. 59, herzhaf. Wohnung v. 6 Zim.

mit Erker z. 1. 4. 95. Näh. Breitestr. 70

in der Mühlendammung.

Augustaplatz 3, 2 mit Centralheizung.

Fallenwalderstr. 129, 3, mit Centralheizung.

Ober-Bronnenhofstr. 17, 11, 6 Zimmer, Badez.

Ober-Bronnenhofstr. 17, 11, 6 Zimmer, Badez.

Balcon, Salon u. Zubehör z. 1. 4. 95.

Bündestr. 1, 2 Tr., Wohn v. 6 Zim. u. Zim.

z. 2. Bureau, z. 1. April 1895. Näh. v. 1.

Bündestr. Albrechtstr. 5, Tr., im Badez.

u. gr. Nebenz., sof. oder pät. Näh. var. 1.

Moltkestraße 3, sofort z. zum 1. April.

5 Stuben.

Augustastr. 51, Sonnenseite, sof. od. 1. April.

Büdenallee 36, 5 bis 6 Zimmer, Bädchen,

u. Badewanne gleichartig od. später zu verm.

Bölkowstr. 17, 2 Tr., ist eine herzhafte

Wohn v. 5 Zim. sof. od. pät. Näh. od. 4 Tr.

Haus, artiere, mit Badewanne, 1. 4. Nähe des

Fallenwalderstr. 135.

Grabowerstr. 11, Berl. h. hochhr. Wohn.

1 Tr., v. 5, 3, Bädchen, Bad., all. Zubehör,

Garten, sof. od. spät. Zubehör, z. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1. April

Kronenstr. 21, Bäd., Bäd., Bäd., Sof., od. 1

